

**Region:** Region Bern Kanton Bern Stadt Bern Thun Oberland Emmental Oberaargau  
BEsonders

---

**ABO+**

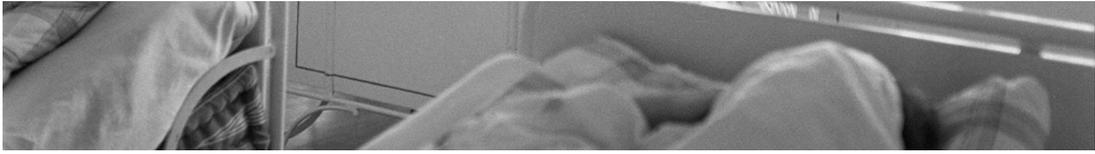
# Patienten mussten gegen ihren Willen Medikamente testen

**Bern** Zwischen 1950 und 1970 wurden in der damaligen Waldau mindestens 33 noch nicht zugelassene Medikamente an Patienten verabreicht. Das zeigt eine neue Studie der Ärztin Julia Manser-Egli.

Mittwoch 15. Januar 2020 06:26 von Marius Aschwanden

✉ 2 **f** 3 **t** 0





Eine Pflegerin gibt in der früheren Waldau einer Patientin das Essen ein. Aufgenommen wurde das Bild 1944.

*(Bild: Keystone)*



Marius Aschwanden

Klarer kann man es kaum formulieren. «Die Patientin ist voller Widerstand gegen diese Kur», steht in der Krankenakte von H. A.\*, einer jungen Frau, die im September 1969 in die damalige Psychiatrische Universitätsklinik Waldau eingewiesen wurde. Verdacht auf Schizophrenie lautete die Begründung.

---

**«Zuerst grosser Widerstand, Suiziddrohungen, dann Beruhigung.»**

Aus der Patientenakte von H. A.

Von Beginn an weigerte sich die 27-Jährige, Medikamente zu nehmen. Trotzdem wurden ihr solche injiziert. Largactil, Quilonum, Bellergal,

Haloperidol – keines brachte die gewünschte Wirkung. Also setzte der zuständige Arzt irgendwann auf ein

Präparat mit dem Namen HF 1854.  
«Zuerst grosser Widerstand,  
Suiziddrohungen», steht in der Akte,  
«dann Beruhigung, nachdem sie von  
Prof. Heimann den Ratschlag erhielt, die  
von uns verordneten Medikamente zu  
nehmen.»

H. A. ist eine jener Patientinnen und  
Patienten, an welchen in den 1950er- und  
1960er-Jahren in der Waldau neue  
Wirkstoffe getestet wurden. Vermutlich  
ohne Einwilligung und teilweise unter  
Zwang. Erstmals wurde dieses dunkle  
Kapitel Berner Psychiatriegeschichte nun  
in einer Studie untersucht. Die Ärztin  
Julia Manser-Egli durchforstete für ihre  
Dissertation das Archiv der heutigen  
Universitären Psychiatrischen Dienste  
Bern und analysierte 531 Patientenakten,  
darunter auch jene von H. A.

In 47 Fällen fand sie klare Hinweise  
darauf, dass noch nicht zugelassene  
Medikamente verabreicht worden sind.  
33 verschiedene Präparate. Sie stammten  
von Basler Pharmafirmen wie J. R. Geigy,  
Wander oder Hoffmann-La Roche.  
Manche dieser Stoffe wurden später

offiziell zugelassen, andere schafften es nie über die Versuchsphase hinaus.

### Teil des Alltags

«Als Anfang der 1950er-Jahre die ersten Medikamente gegen psychische Krankheiten auf den Markt kamen, war die Nachfrage nach weiteren ähnlichen oder gar besser wirkenden Präparaten gross», sagt Manser-Egli. Deshalb entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen der Pharmaindustrie und den psychiatrischen Kliniken. «Die Firmen gaben die Präparate gratis ab, die Kliniken versorgten die Unternehmen mit Erfahrungsberichten», so die Ärztin.



*Julia Manser-Egli, Ärztin und Studienautorin. (Bild: PD)*

Zudem seien die Alternativen beschränkt gewesen. Wenn weder ein zugelassenes Medikament noch ein Testpräparat geholfen hätten, seien häufig nur noch Elektroschock, Insulin- oder Schlafkuren übrig geblieben. «Diese Therapien waren aber gefährlich und umstritten.»

---

**«Es handelte sich klar nicht um Einzelfälle. Die Prüfstoffe waren Teil des Klinikalltags.»**

Wie viele Präparate in Bern insgesamt getestet worden sind, kann die Ärztin aufgrund ihrer Studie nicht sagen. «Dafür ist

Julia Manser-Egli, Ärztin und  
Studienautorin

die Stichprobe zu  
klein.» Manser-Egli  
geht aber davon aus,  
dass es weit mehr gewesen sein müssen  
als die 33 identifizierten  
Testmedikamente. Denn: «Es handelte  
sich klar nicht um Einzelfälle. Die  
Prüfstoffe waren Teil des Klinikalltags.»  
Es sei nicht wirklich zwischen  
Medikamenten und noch nicht  
zugelassenen Stoffen unterschieden  
worden. «Das hängt auch damit  
zusammen, dass man über die  
zugelassenen Psychopharmaka noch  
nicht sehr viel wusste», so Manser-Egli.

### **Mehr Frauen als Männer**

Nicht nur in der Waldau wurde in den  
1950er- und 1960er-Jahren mit noch nicht  
zugelassenen Stoffen gearbeitet. Auch in  
Münsingen gibt es Belege für solche  
Versuche. In Basel, Zürich, Herisau, St.  
Urban, Genf oder Lausanne ebenso. Und  
natürlich in Münsterlingen. Dort war der  
Oberarzt und spätere Klinikdirektor  
Roland Kuhn besonders umtriebig. Bis  
1980 testete er mindestens 67 Substanzen  
an über 3'000 Patienten, wie eine  
ebenfalls kürzlich erschienene Studie

eines Historikerteams der Universität Zürich zeigte. Kuhn erhielt dafür von den Pharmaunternehmen einen Betrag, der heute rund acht Millionen Franken entsprechen würde.

Ob auch in Bern ein solches Ausmass denkbar ist, weiss Manser-Egli nicht. «Münsterlingen ist aufgrund der Figur von Roland Kuhn ein Spezialfall. In Bern ist bis jetzt noch nicht bekannt, welche Ärzte in der Forschung die treibenden Kräfte gewesen sind», sagt sie. Gemäss ihrer Forschung waren in der Psychiatrischen Uniklinik aber an rund 9 Prozent der Patientinnen mit Schizophrenien und Depressionen Präparate getestet worden. Aus ähnlichen Untersuchungen aus Basel und Zürich sind gleiche Anteilswerte bekannt.

Versuchspräparate seien vor allem dann zur Anwendung gekommen, wenn andere medikamentöse Therapieoptionen ausgeschöpft waren. Besonders häufig betroffen waren Frauen und chronisch kranke Personen. «Bezüglich der sozialen Stellung konnte ich jedoch keine Auffälligkeiten sehen», so Manser-Egli.

## Viele Nebenwirkungen

Für die Patienten hatten die Versuche unterschiedliche Folgen. Manche litten unter Nebenwirkungen, andere konnten dank der Präparate entlassen werden.

«Die Krankenakten deuten darauf hin, dass man auf den Zustand der Patientinnen in vielen Fällen Rücksicht genommen hat», sagt Manser-Egli.

Traten zu starke Nebenwirkungen auf, wurden die Tests abgebrochen. «Man muss wissen, dass auch die zugelassenen Medikamente Nebenwirkungen hatten.»

Die Ärztin fand jedoch auch verschiedene Fälle, in welchen keine Rücksicht genommen worden ist. So wurde etwa einer Patientin das Präparat nach wie vor verabreicht, obschon sie über Sehverlust klagte.

Manche Patienten in anderen psychiatrischen Kliniken traf es noch härter. In Münsterlingen starben laut der dortigen Studie 36 Personen während oder kurz nach Verabreichung der Prüfsubstanzen. Und auch in Münsingen kam es zu einem Todesfall. Unklar ist allerdings, ob die Patientinnen allein aufgrund der klinischen Versuche

gestorben sind oder ob eine andere Ursache zum Tod führte.

### **Behörden wussten Bescheid**

Die Patienten dürften jeweils kaum gewusst haben, dass sie an einem Versuch teilnehmen. «Klar ist, dass es in der Waldau anders als bei körperlichen Therapien keine schriftliche Einwilligung gegeben hat», sagt Manser-Egli.

Aufgrund der untersuchten Krankenakten könne sie aber nicht ausschliessen, dass die Betroffenen mündlich informiert worden seien. «Systematisch gemacht wurde das aber ziemlich sicher nicht.»



*In der Waldau fanden im letzten Jahrhundert Medikamentenversuche statt. Das Bild stammt von 1944. (Bild: Keystone)*

Sowieso hätten die Patientinnen zu jener Zeit kaum Rechte gehabt. «Es herrschte ein sehr paternalistisches Arzt-Patienten-Verhältnis. In der Psychiatrie wurde das durch die häufig fehlende Urteilsunfähigkeit der Eingewiesenen noch verstärkt.» Wollten die Betroffenen also ein Testpräparat nicht einnehmen, redete man ihnen gut zu. «Weigerten sie sich nach wie vor, wurde es ihnen oftmals injiziert.»

Die Versuche seien aber keineswegs verheimlicht worden. Es sei auch

anzunehmen, dass die Berner Behörden davon gewusst haben. «Schliesslich waren damals die Kantone für die Zulassung von neuen Medikamenten zuständig.» Praxistests seien zwar vorausgesetzt worden, jedoch ohne Gesetze oder Richtlinien vorzugeben, wie diese durchgeführt werden sollen. «Die Versuche bewegten sich somit in einem Graubereich.»

#### H. A. wehrte sich vergeblich

Für Manser-Egli ist ihre Dissertation nur ein erster Schritt bei der Aufarbeitung dieses Themas. «Erst eine grössere Stichprobe sowie der Einbezug aller psychiatrischen Kliniken im Kanton Bern kann ein klareres Bild der damaligen Situation zeigen», sagt sie. Auch die Kinderpsychiatrische Klinik Neuhaus sollte miteinbezogen werden, um zu überprüfen, ob es auch Versuche mit Kindern und Jugendlichen gegeben hat. «Mir geht es keinesfalls um eine Schuldzuweisung, sondern um einen offenen Umgang mit der Vergangenheit», sagt Manser-Egli. Noch besser fände sie eine national koordinierte Aufarbeitung des Themas.

Die junge Frau H. A., die Ende 1969 an einem Medikamententest teilnehmen musste, konnte noch im selben Jahr die Klinik verlassen. 1974 wandte sie sich dann in einem Brief an die Firma Wander AG, die das Präparat HF 1854 hergestellt hatte, das ihr verabreicht worden war. Sie habe «gegen ihren Willen» an dem Versuch teilnehmen müssen, bis jetzt aber keine Entschädigung dafür erhalten, schreibt H. A. Dann zählt sie die bei ihr aufgetretenen Nebenwirkungen auf:

Übergewicht, Haarausfall,  
Periodenverschiebung, Sehstörungen,  
Hörstörungen, Sprechstörungen,  
Störungen im ganzen Hormonhaushalt,  
Stoffwechselstörungen.

Das medizinische Büro der Firma Wander AG befand, dass der Brief krankheitsbedingt entstanden sei. Und mass ihm keine weitere Bedeutung bei.

*\* Initialen geändert*

**Kanton will keine weitere  
Aufarbeitung**

Mindestens 33 noch nicht zugelassene  
Präparate wurden in den 1950er- und

1960er-Jahren in der damaligen  
Universitären Psychiatrischen Klinik  
Waldau an Patientinnen und Patienten  
getestet. Erstmals wurde dieses dunkle  
Kapitel in einer Dissertation untersucht.  
Ein komplettes Bild der Versuche liegt mit  
der aktuellen Studie aber noch nicht vor.  
Trotzdem sieht die Gesundheits-, Sozial-  
und Integrationsdirektion (GSI) von SVP-  
Regierungsrat Pierre Alain Schnegg keinen  
Bedarf für weitere Abklärungen.

«In verschiedenen Kantonen wurden  
bereits Studien zu den  
Medikamentenversuchen in den jeweiligen  
psychiatrischen Kliniken in Auftrag  
gegeben. Die Resultate sind stets  
ähnlich», sagt Kantonsapotheker Samuel  
Steiner. Deshalb sei es nicht notwendig,  
dass nun auch noch Bern Geld für eine  
weitere solche Studie ausbe. «Sinnvoller  
wäre ein national koordiniertes Vorgehen,  
beispielsweise ähnlich wie bei den  
fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und  
Fremdplatzierungen», so Steiner.

Ursula Marti, SP-Grossrätin, kann diese  
Haltung nur teilweise nachvollziehen. Sie  
setzte sich schon vor zwei Jahren für eine  
komplette Aufarbeitung innerhalb des

Kantons Bern ein. Damals nahm das Parlament ihren Vorstoss als Postulat an. Auch Schnegg befürwortete das. Er wollte aber zuerst die Resultate der Dissertation abwarten, bevor über das weitere Vorgehen entschieden werden sollte.

Marti fände eine nationale Aufarbeitung ebenfalls sinnvoll. Da momentan aber keine solche geplant sei, müsse der Kanton die Verantwortung übernehmen. Sie anerkennt zwar, dass es sich damals um eine andere Zeit gehandelt habe und die Ärzte es «gut gemeint» hätten.

Trotzdem sei den Patienten Unrecht getan worden. «Wir sind ihnen eine Aufarbeitung schuldig.» Andere Kantone würden mit gutem Beispiel vorangehen.

Im Falle der psychiatrischen Klinik Münsterlingen hat sich die Regierung des Kantons Thurgau beispielsweise bei allen über 3'000 Patientinnen und Patienten entschuldigt, die an den Versuchen teilnehmen mussten. Zudem will sie die geplante Gedenkstätte für die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen erweitern und dort auch den Betroffenen der Medikamententests die Ehre erweisen. Insgesamt gab der Kanton Thurgau

75'0000 Franken für das entsprechende  
Forschungsprojekt aus.

Marti will nun erneut einen Vorstoss  
einreichen, um auch die Berner GSI dazu  
zu verpflichten, eine umfassende Studie in  
Auftrag zu geben. Schliesslich sei es auch  
für den Kanton selbst wichtig, dass er  
seine eigene Medizingeschichte kenne.

Mittwoch 15. Januar 2020 06:26

von Marius Aschwanden

 2  3  0

---

Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein

### **Kommentare**

Schreiben Sie einen Kommentar...



Region

## So kam die Klinik Münsingen auf den Elektroschock

Ein Buch über die Geschichte des Elektroschocks in der Psychiatrie Münsingen zeigt: Seit der Einführung 1939 erlebte die Therapie ein Auf und Ab – und so war es auch für viele Patienten.

Johannes Reichen vor 1 Woche

**ABO+**

### Feedback

Für redaktionelle Hinweise können Sie sich gerne an unseren **Leserservice wenden**. Fehler in der Rechtschreibung / Grammatik können Sie beim **Korrektorat** melden. Falls Sie Fragen zu Abos oder Probleme mit dem Login haben, steht Ihnen unser **Kundendienst** zur Verfügung.

**Services**

[E-Paper](#)

[Zeitungsarchiv](#)

[Newsletter](#)

[Wetter](#)

[Leserbilder](#)

**Social**

 [Facebook](#)

 [Twitter](#)

 [Instagram](#)

**Über uns**

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

[AGB & Datenschutz](#)

[Vertrauliche Tipps](#)

**Abonnement**

[Alle Angebote](#)

[Ferienumleitung/-unterbruch](#)

[espace.card](#)

[FAQ](#)

**Anzeigen**

[advertising.tamedia.ch](#)

[Mediadaten](#)

[Inserieren](#)

[Marktplatz](#)

[Todesanzeigen](#)